

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Erntee und Festtagen.
Der Preis für die 24 zum besten Kolonial-Engländer in...
Verlag: C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolphsdorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts in Aue.
Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.
Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Einzelige Nummern für die am Bestellen erscheinende Nummer bis vorwärts 3 Uhr in den Geschäftsstellen...
Die Redaktion ist für die Abnahme der Nummern...
Verlag: C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Amfliche Anzeigen.

Die Gemeindeverordneten zu Schönheide und Schönheiderhammer haben beschlossen, den bei Haus Ostl.-Nr. 299 in Schönheide beginnenden, von der Hammerstraße nach dem Schönheiderberg führenden Fußweg für den öffentlichen Verkehr einzuziehen.
Einwendungen hiergegen können binnen 3 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier angebracht werden.
B. Schö. 7/30
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 19. Sept. 1930.

Gefahr des Erlöschens von Grundbuchrechten

Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Real-lasten, die der Aufwertung unterliegen, deren Aufwertungsbeitrag aber im Grundbuch noch nicht eingetragen ist, erlöschen, wenn der Antrag auf Eintragung der Aufwertung des Rechts nicht spätestens
bis zum Ablauf des 31. März 1931
beim zuständigen Grundbuchamt gestellt wird. Hierzu gehören z. B. noch eingetragene Papiermarkrechte, gelöschte und infolge Vorbehalts oder Rückwirkung aufgewertete Rechte, abgetretene und für den früheren Gläubiger aufgewertete Rechte.

Den Antrag kann außer dem Gläubiger auch der Eigentümer oder ein Dritter stellen, der ein rechtliches Interesse an der Eintragung hat.
Die Amtsgerichte Aue, Adolphsdorf, Schneeberg u. Schwarzenberg, den 18. September 1930.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Bruno Rode, Strumpf-, Woll- und Wirtwaren in Grünhain, alleiniger Inhaber der Kaufmann Ernst Bruno Rode, daselbst, wird

- 1. die Schlussverteilung genehmigt,
- 2. Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und
- 3. zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie Schlusstermin auf
den 15. Oktober 1930, vormittags 9 Uhr
vor dem Amtsgerichte Schwarzenberg bestimmt.
Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 600 RM und seine daren Auslagen werden auf 142,29 RM festgesetzt.
Schwarzenberg, den 16. Sept. 1930. Das Amtsgericht.

Montag, den 22. September 1930, vorm. 10 Uhr soll im Versteigerungsraum des Amtsgerichts 1 Kreutzberg öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Mittwoch, den 24. Sept. 1930, 11 Uhr sollen an Ort und Stelle 1 Schreibtisch, 1 Büfett, 1 Kariche, 1 Kleiderkasten, 1 Waschkommode, 2 Nähmaschinen, 60 Paar Winterschuhe, 1 Bild, 1 Knabenanzug, 1 Dejmalmange, 1 Stoffmehrpapier öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Treffpunkt der Bieter: Gastw. zur Post.
Die Vollstreckungsstelle des Finanzamts Aue.

Alle Fiegenderhalter werden hiermit aufgefordert, den zur Deckung der Kosten für die Fiegenderhaltung auf das Wirtschaftsjahr 1930/31 festgesetzten Umlagebeitrag von 3,50 RM für jede am 10. August 1930 gehaltenen zuchtfähige Fiege bis zum 25. September 1930 im Stadthaus Aue, Zimmer 18, zu bezahlen. Rückständige Beiträge sind darnach auf Kosten der säumigen Zahlungspflichtigen zwangsweise beizutreiben.
Hierbei weisen wir darauf hin, daß zum Decken der Fiegen nur angeforderte Böcke verwendet werden dürfen. Alles weitere ergibt der Ausweis über den bezahlten Umlagebeitrag.
Aue, 20. Sept. 1930. Der Rat der Stadt, Postgeamt.
Weitere amtliche Bekanntmachungen befinden sich im ersten Beiblatt.

Streiflichter.

Wahl - Nachlese.

Als Wahlhelfer hatte die Linke diesmal auch auf einen Toten zurückgegriffen. Der Verlag Ullstein, dem der verlorene Fürst Bülow seine 2500 Druckseiten umfassende Erinnerungen zur Veröffentlichung überlassen hat, hat den Geschmack gehabt, daraus die ihm für die Wahlpropaganda geeignet erscheinenden Kapitel in seinen Zeitungen zum Ausdruck zu bringen. In enger Zusammenarbeit benutzte die sozialistische Presse dieses Material mit, um den politischen Gegnern, welche ihre politische Gesinnung nicht jeden Augenblick zu wechseln bereit sind, eins auszuwichsen. Die freundliche Absicht ist mißlungen, denn jeder vernünftige Mensch wird sich mit einem Gefühl des Ekels von der Ullsteinschen Bülowauslese abgewandt haben. Die Zusammenziehung von allerlei Postfaktisch hat also ihren Zweck verfehlt, wie auch das Wahlergebnis gezeigt hat. Auf der Straße geblieben ist das Ansehen Bülows, von dem man den Eindruck eines höchst oberflächlichen Plauderers hat, der es nicht verschmäht, im Stille der Hintertreppentromane die Sensationslust alter Wackweiber beiderlei Geschlechts zu befriedigen. Dank der Ullsteinschen Auslese erscheint der ehemalige Reichskanzler in seinen Memoiren weder als ernstzunehmender Staatsmann noch als Kavaller der alten Schule, für den man ihn hier und da gehalten hat. Ein eigenwilliges Licht wirft auch der Umstand auf den Charakter Bülows, daß er die Veröffentlichung nach seinem Tode und nicht nach dem der Hauptperson seiner Erinnerungen, des Kaisers, angeordnet hat. Hierin liegt ein arges Stück Felonie gegenüber dem Manne, von dem Bülow in glücklichen Tagen Ehren- und Gnadenbeweise in Mengen angenommen hat. Auch diese Affäre zeigt, daß der größte Fehler Wilhelms II. der gewesen ist, daß er gewissen Leuten seiner Umgebung allzusehr vertraut hat, was freilich weniger dem Kaiser als den Höflingen zur Schande gereicht. Warum, so fragt man sich, hat der Kanzler Bülow, der doch an erster Stelle dazu berufen gewesen wäre, dem Herrscher nicht die Vorwürfe gemacht, die er ihm nach seinem Tode auf gebildetem Papier machen zu müssen glaubt? Die posthume Kritik, wie sie Bülow übt, richtet sich vor dem Forum der anständig Denkenden aller politischen Richtungen von selbst. Die Presse der Linken und der ehemalige Kanzler des Deutschen Kaiserreichs sind einander wert.

Opposition den anderen Parteien gleichstark gegenüber. In der Grenzmark und im Bezirk Frankfurt a. d. O. bleibt sie nur um 70 000 Stimmen zurück, und in den drei schlesischen Wahlkreisen erreicht sie eine runde Million. Was unsere Gegenpartei anlangt, so hat, um nur einige Beispiele zu nennen, in Aue, Adolphsdorf, Bockau, Bernsbach, Hundshöbel, Böbla, Radumbad Oberschlesien, Wildenthal die NSDAP die Stimmführung übernommen, und in 100 Prozent, und selbst in Grünhain stehen beide Parteien fast gleich. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn die sozialistische Presse sich bei der französischen Wahl, die ihr — unbeschwert von den Tatsachen — bestätigt, daß der Angriff der Sozialdemokratie „flüchtig geblieben“ sei. Der „Vorwärts“ aber leistet sich einen besonderen Dreh. Er schreibt, nachdem er sich von dem ersten Schrecken erholt hat:
„Die Mehrheit der Wähler hat sich zu Parteien bekant, die sich selber als sozialistisch bezeichnen. Sie zu kritisch-sozialistischem Denken zu erziehen und ihnen zu zeigen, wie sehr sie bei dem „Sozialismus“ Thalmanns und Püblers die verlorenen sind, wird unsere Aufgabe sein. Für die bürgerlichen Parteien sind die meisten dieser Wähler für immer verloren, für die Sozialdemokraten werden sie zum großen Ziel zu gewinnen sein.“
Die Formulierung: Sozialismus ist gleich Sozialismus, ist ein Verlegenheitsprodukt, das zwar der Erfindungsgebe der Redaktionsgänger des Zentralorgans der SPD, alle Ehre macht, an dessen Verwirklichung aber wohl kein Mensch glaubt. Den Herren auf dieser Seite geht einiges mit Grundweis. Sie schauen sich ängstlich nach Hilfe um. Der Obergenosse Braun sah den Eklat kommen, deshalb hatte er schon vor den Wahlen durch Anklopfen bei den einseitigen Koalitionsgenossen gegen die Gefahr einer Isolierung vorgearbeiten. Vor nichts fürchten sich die Führer der SPD, so sehr als davor, ihre Plankensprüche zu verlieren, weil sie wissen, daß dann die Einzugsstelle in ihre Front sehr schnell und sehr intensiv erweitert werden wird. Sie suchen deshalb Anschluss nach rechts, wo freilich die Staatspartei nicht mehr so pupillarisch sicher ist, wie es einst die Demokraten waren, und wollen sogar die bittere Wille schlucken, trotz der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse neuere in eine Koalition zurückzuführen, die sie um der Agitation willen treulos verlassen hatten.

Nicht nur vor den Wahlen, sondern auch nach ihnen ist diesmal das Menschenmögliche an Schwindel geleistet worden. Fast humoristisch wirkt es, wie die sozialdemokratische Presse den ausgesprochenen Misserfolg der Partei in einen Erfolg umzulügen versucht. Dabei ist die Wählerzahl der Sozialdemokratie effektiv um über 6 Prozent gesunken, nämlich von 31,2 Prozent auf 24,9 Prozent, d. i. von fast einem Drittel auf weniger als ein Viertel. Die Mandatszahl hätte sich gemäß der Vermehrung der Abstimmenden von 153 auf 179 erhöhen müssen, tatsächlich beträgt sie aber 143, d. i. ein Minus von 36 Sitzen. Ist das etwa „kein Einbruch in den Machtbereich der Sozialdemokraten“? In Berlin, sowie dem westlichen Industriegebiet ist die SPD, aus ihrer führenden Stellung verdrängt worden, in ihrer ehemaligen Hochburg Essen marschiert sie hinter den Kommunisten und der NSDAP, in Duisburg-Hamborn ist sie an die vierte Stelle gerückt, in Wülshelm an die dritte hinter die NSDAP, und die Kommunisten. In Düsseldorf und Oberhausen hat die SPD, das Übergewicht über die SPD, erhalten. Die Kraftquelle des Reiches, der landwirtschaftliche Osten, hat sich, wie man floht, dem Nationalismus verschrieben. Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten haben in Ostpreußen zusammen 80 000 Stimmen mehr erhalten als alle anderen Parteien, in Pommern fast 140 000 mehr. In den Randkreisen der Provinz Brandenburg steht die vereinigte

Die Aktien stehen also nicht gut für die SPD. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die diesmaligen Wahlen ja nur ein erster Anfang sind. Wenn die einschließliche Rechte sich der Verantwortung, die ihr zugefallen ist, richtig bewusst ist, und in fester Taktik ihre Ausgangsstellung auszubauen versteht, wird in den Konfessionskreisen der sozialistischen Wähler bald Befriedigung sein, und werden sich die Massen durch die alten, immer wiederholten, unerfüllten und unerfüllbaren Versprechungen nicht länger veralbern lassen. Sie werden sich dem Neuen, Unvertrauten zuwenden. Und auch im Bürgeramt werden die Widersprüche gegen die Partei unter dem Zwang der Verhältnisse geringer werden. Die ersten Anzeichen liegen bereits vor. Der rechte Flügel der Mitte wird sich mit aller Energie gegen Koalitionspäne mit der Linken wehren. Freilich ist es trotz aller Widerstände nicht ausgeschlossen, daß es noch einmal zum Versuch einer Koalition mit der SPD, kommt. Eine solche wird aber nur ein Illusionspiel sein, durch welche die Kraft der Rechten gekürzt wird — immer vorausgesetzt, daß dort die Rechten der Zeit richtig vorhanden werden.

das Reich regiert, ausgeschlossen wird. Es ist ein trauriges Zeichen, daß in der SPD. noch dieselben Ziele die maßgebende Rolle spielen können, die alles Unheil über das Vaterland gebracht haben. Sie sind zwar unantastbare Patrioten und können fürchtbar böse werden, wenn man auf ihre Vergangenheit anspricht. Aber die Wahrheit läßt sich nicht verweigern. In den nächsten Tagen wird ein Buch erscheinen, in dem zwei französische Offiziere über ihre Eindrücke mit den sozialistischen Führern während des Krieges berichten. Daraus geht einwandfrei hervor, daß diese Offiziere im Auftrage Fochs, Clemenceaus und Poincarés den Dolchstoß der deutschen Sozialdemokratie von langer Hand vorbereitet und mit Hilfe großer Hilfs- und Befehlsgeelder finanziert haben. Die Berichte zeigen alle Beziehungen zwischen Berlin und Paris, die ein erschreckendes Bild von Korruption und Verrat erkennen lassen. Schon 1916 verhandelte ein Offizier Debedours und Liebknechts mit den beiden Offizieren über die Ermöglichung einer deutschen Revolution. Ueber Holland wurden die deutschen Stellen mit umströmter Werbematerial versorgt. Sozialistische Wähler und andere Stellen erhielten Mittel, damit die Partei nicht nur eine größere Verbreitung ihrer Organe erreichen, sondern damit sie auch die Spesen ihrer Organisation, der Versammlungen und verschiedener Wahlkämpfe, wie auch für ihre Kandidaten (II) bestreiten könne. Es müssen ganz enorme Beträge gewesen sein, die auf diesem Wege Frankreich an die deutsche Sozialdemokratie abgeführt hat. Einer der Offiziere sagt selbst: „Der Erfolg entsprach den großen Opfern und Bemühungen.“ Am 8. Mai 1918 verständigte er seine Auftragsgeber in Paris:
„Seien Sie versichert, daß im Hinblick auf die Volksbewegung Deutschlands Stunde bald schlagen wird. Kurz vor dem Winter wird die deutsche Revolution ausbrechen und ihre Folge wird der sofortige Frieden sein. Die Widerstandskraft der Bevölkerung ist gestochen und die Gegenbewegung erstreckt sich schon bis ins Meer. Hier muß mit verdoppelter Energie nachgeholt werden, denn es ist bald fünf Minuten vor zwölf.“ Und am 10. November 1918 wird berichtet: „Die deutsche Revolution ist genau zu dem von uns angegebenen Zeitpunkt ausgebrochen. Man kann heute noch nicht ganz genau sagen, daß diese Revolution es ist, welche den militärischen Zusammenbruch verursacht hat, oder umgekehrt — diese Revolution wird getragen von den Elementen, die wir kennen und wie wir sie vorausgesetzt haben.“

Man wird an hoher Stelle der SPD. heute bestreiten, von den Dingen gewußt zu haben. Natürlich. Aber wird es nicht höchste Zeit, daß die Partei des Vaterlandsvrats aufhört, die maßgebende Rolle im Reich zu spielen? Wie sagte doch gleich der neue Sejmwehrlührer in Oesterreich, Hilferst Starheberg?
„Wir sind nicht gekommen, den heute noch irreführenden Volksgenossen den Kampf anzugehen, wie sind vielmehr überzeugt, auf unserer breiten Plattform alles vereinigen zu können, was vaterlandstreu ist. Wir streben nicht die Vorherrschaft einer Gruppe, nicht die Diktatur einer Klasse an, wir wollen die Volksgemeinschaft schaffen. Wir wollen nicht den Kampf ansetzen der heute notleidenden Arbeiterschaft, wir lösen vielmehr: Sagt eure roten Führer zum Teufel und erkennt die neue Freiheit, die auch Leuchten wird! Wir wollen Ihnen durch unsere Tätigkeit Gelegenheit geben, den arbeitstunenden Volksgenossen Brot und Arbeit zu schaffen. Es haben uns können Zeiten bevor. Um aber für die Lösung der verdrängten Fragen gerüstet zu sein, gehört eine unbedingte feste Einheit unserer Bewegung dazu. Der Feind... ist einzig und allein der Marxismus.“

Ein sauberes Deutschland kann nur Tatkunde werden, wenn der sozialistische Klügel, der in Reichweite